

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/003/2023
Datum	Donnerstag, 14.12.2023
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:34 Uhr
Ende	12:32 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Schwarzenberger, Thomas

Mitglied CSU

Albat, Jan
 Bertl, Alexandra
 Burgmaier, Stephanie
 Dahms, Walentina
 Eggerl, Matthias
 Eichinger, Thomas
 Flössler, Fabian
 Funke, Annemarie
 Gotz, Max
 Hausberger, Claudia
 Heimisch, Alexander
 Hobmeier, Karin
 Hofmann, Christina
 Keßler, Martina
 Kriegl, Gisela
 Kuhn, Barbara
 Loferer, Marianne
 Off-Nesselhauf, Gabriele
 Schelle, Stefan
 Schindlmayr, Simon
 Schwab, Harald
 Steinberger, Friederike
 Straßer, Max
 von Löwis of Menar, Olaf
 Wetzelsperger, Georg

Mitglied Bündnis 90/Die Grünen

Ammer, Andreas
 Balidemaj, Delija
 Düdler, Kathrin
 Goldstein, Ulrike
 Huber, Christian
 Kolic, Dardan
 Mesan, Susanne
 Neubauer, Martina

Schwaiblmair, Frauke, Dr.
Siebler, Joachim
Stüber, Eckart, Dr.
Sturm, Erika
Vilgertshofer, Florina
Voßeler, Andreas
Wagner, Martin

Mitglied FW

Bayer, Ludwig
Dirl, Sonja
Droth, Susanne
Grasser, Maria
Haindl, Jürgen
Heigl, Marianne
Hofer, Sepp
Schanderl, Michael, Dr.
Schneider, Rainer
Specker, Konrad
Speer, Anton
Stein, Barbara
Zeiningner, Christian

Mitglied AfD

Demmel, Christian
Erhardt, Tassilo, Dr.
Federl, Alois
Groß, Rainer
Musil, Thomas
Schulz, Manuela
Wächtler, Dirk
Wieser, Martin

Mitglied SPD

Asam, Michael
Bonigut, Matthias
Hofmann, Irmgard
Hörl, Christina
Mickel, Andrea
Schachtl, Johanna

Mitglied FDP

Münster, Peter
Wunderlich, Claus, Dr.

Mitglied Die Linke

Weber, Klaus, Prof. Dr.

Mitglied BP

Dorn, Hubert

Mitglied ÖDP

Huber, Andreas
Keil, Max

Mitglied Die PARTEI

Skerlec, Oliver

Mitglied Tierschutzpartei

Wittmann, Susanne, Dr.

Mitglied dieBasis

Kaiser, Sabine

Mitglied Volt

Nibbe, Jochen

Verwaltung

Bertenbreiter, Benedikt
Bruckmann, Wolfgang, Dr.
Büllesbach, Susanne
Fingerle, Karin
Getzlaff, Stefan
Gräbsch, Dorit
Maja, Renate
Pellengahr, Astrid, Dr.
Baur, Katharina, Dr.
Steinwand, Ralf

Weitere Anwesende

Schober, Konrad, Dr.

Protokollführerin

Ewerhardy, Angelika

Entschuldigt

Mitglied CSU

Hainz, Birgit

entschuldigt

Mitglied AfD

Lehrer, Raphael

entschuldigt

Mitglied SPD

Hügenell, Helga

entschuldigt

Mitglied FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin
von

entschuldigt

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Nachträgliche Vereidigung einer Bezirksrätin
TOP 3	Haushaltssatzung 2024 und Haushaltsplan mit Anlagen
TOP 4	Beratung und Beschluss über die Entschädigungssatzung
TOP 5	Jahresbericht der Inklusionsbeauftragten des Bezirks Oberbayern mit dem Schwerpunkt für die Belange der Menschen mit Behinderungen
TOP 6	Krankenhauszweckverband Ingolstadt, 3. Stellvertretung für den Verbandsvorsitz
TOP 7	Bestellung der Vertreterinnen und Vertreter des Bezirks Oberbayerns in den Gremien musealer Beteiligungen
TOP 8	Oberbayerischer Denkmalpreis - Neufassung von Satzung und Richtlinien
TOP 9	Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon: Überschreitung des geplanten Defizites 2023, Genehmigung von Mehrausgaben
TOP 10	"DiaTon" - Förderpreis Dialekt und Musik
TOP 11	Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen, Geschäftsjahr 2022
TOP 12	Antrag der FDP vom 02.11.2018: Livestream
TOP 13	Antrag der Ausschussgemeinschaft ödp/Tierschutzpartei vom 18.06.2023 - Veganes Essen
TOP 14	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger eröffnet um 09:34 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstages fest.

Bezirkstagspräsident Schwarzenberger begrüßt Regierungspräsidenten Dr. Schober herzlich und bedankt sich für sein Kommen.

In einer Rede bedankt sich Regierungspräsident Dr. Schober für die stets gute Zusammenarbeit mit dem Bezirkstag, bedankt sich ebenfalls bei dem Gremium und wünscht allen ein frohes Weihnachtsfest.

Bezirkstagspräsident Schwarzenberger stellt die neue Broschüre des Bezirks Oberbayern vor: „Im Porträt Aufgaben & Gesichter des Bezirks Oberbayern“.

Bezirkstagspräsident Schwarzenberger informiert, dass TOP 7 von der Tagesordnung genommen wird, da dieses Thema bereits im konstituierenden Plenum beschlossen wurde.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 78 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Nachträgliche Vereidigung einer Bezirksrätin

Die neu gewählte Bezirksrätin Frau Susanne Droth wird durch den Bezirkstagspräsidenten vereidigt.

Beschluss:	Bezirksrätin Frau Susanne Droth wird vereidigt.
	zur Kenntnis genommen

TOP 3 Haushaltssatzung 2024 und Haushaltsplan mit Anlagen

Nach den Vorberatungen werden die Haushaltssatzung 2024 und der Haushaltsplan mit allen Anlagen dem Bezirkstag zur Entscheidung vorgelegt.

Es beginnt die Haushaltsdebatte mit den Haushaltsreden des Bezirkstagspräsidenten und den Vertretern der einzelnen Parteien.

Haushaltsrede von Herrn Bezirkstagspräsidenten Schwarzenberger

-Es gilt das gesprochene Wort-

Liebe Kolleginnen und Kollegin im Bezirkstag,
sehr geehrte Damen und Herren der Bezirksfamilie,
liebe Besucherinnen und Besucher hier im Sitzungssaal,
liebe Zuschauer an den Bildschirmen
und natürlich sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dr. Schober!

Ich möchte ganz an den Anfang meiner Rede den Dank an alle Gremiumsmitglieder stellen. Wir sind erst seit November neu konstituiert mit vielen neuen Gesichtern. Unsere Zusammenarbeit ist also noch recht neu, aber ich freue mich auf positive Dynamik und konstruktive Beiträge und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Bewährt als Team ist die Zusammenarbeit innerhalb des

Präsidiums, zu dem ich nun als neuer Bezirkstagspräsident dazu gekommen bin. Dank an Rainer Schneider, Friederike Steinberger und Michael Asam.

Mein besonderer Dank gilt aber unseren Mitarbeitenden, die mit ihrem Engagement und ihrer Professionalität dazu beitragen, dass die Ziele, die der Bezirkstag vorgibt und für die er Mittel zur Verfügung stellt, umgesetzt und erreicht werden können. Ohne Sie, die Mitarbeitenden in der Bezirksverwaltung und den kameralen Einrichtungen, in Kloster Seeon und in all den kbo-Kliniken, könnten wir heute zwar einen Haushalt beschließen, aber keine einzige Maßnahme umsetzen. Herzlichen Dank dafür, was Sie im zu Ende gehenden Jahr wieder gestemmt haben! Ich freue mich darauf, die persönliche Zusammenarbeit mit Ihnen weiter zu vertiefen und gemeinsam an den anstehenden Aufgaben zu arbeiten. Die ersten sechs Wochen als Präsident waren dicht gefüllt, anstrengend und wie erwartet vielfältig. Ich bin aber mit offenen Armen, viel Neugier und einer großen Portion Herzlichkeit aufgenommen worden. Auch dafür vielen Dank!

Für mich ist dies ein besonderer Moment, da dies meine erste Haushaltsrede in meiner Funktion als Bezirkstagspräsident ist. Und für zahlreiche neue Bezirksrätinnen und Bezirksräte auch. Von daher wird uns dieses erste Haushaltsplenum auf jeden Fall in Erinnerung bleiben.

Folglich möchte ich nicht nur die Gelegenheit nutzen, die Zahlen und Herausforderungen für das kommende Jahr vorzustellen. Wir alle wissen, welche große Aufgaben vor uns liegen und welche große Verantwortung wir gemeinsam tragen. Die Betonung auf gemeinsam ist mir wichtig, da die meisten großen Entscheidungen in der Vergangenheit einvernehmlich und oft auch einstimmig getroffen wurden, was ein Zeichen für eine stark sachorientierte Debatte ist. Und ich würde mir wünschen, dass wir dies auch in den kommenden fünf Jahren schaffen.

Die Rahmenbedingungen für die Erfüllung unserer Aufgaben sind, wie wir alle wissen, angespannt. Nachdem die Bemessungsgrundlage für unseren Haushalt 2024 das Steueraufkommen 2022 ist, kommen wir diese Mal noch halbwegs gut über die Runden. Unsere Umlagekraft ist gegenüber dem Vorjahr um 3,4 Prozent angestiegen. In „normalen“ Jahren wären 3,4 Prozent Steigerung noch anders zu bewerten gewesen, nicht jedoch angesichts der anhaltenden Inflation und der ansteigenden Personalkosten.

Der Zuwachs von 3,4 Prozent ermöglicht es uns zwar, dass wir den Hebesatz im kommenden Jahr bei 22,0 Prozentpunkten stabil halten können. Da wir gleichzeitig aber auch deutlich auf unsere Rücklagen zugreifen und Kreditermächtigungen für die Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt in den kommenden Haushaltsjahren aussprechen, zeigen wir, dass wir ein verlässlicher Partner in der kommunalen Familie sind. Immerhin entnehmen wir von unseren 157,4 Mio. € Rücklage 84,5 Mio. €. Das ist mehr als die Hälfte unserer Rücklage, die wir zur Stützung des Hebesatzes einsetzen.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass wir über einen ganz anderen Hebesatz sprechen könnten, wenn die Entlastungen aus Berlin, die ursprünglich für die Beteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe vorgesehen waren, direkt an die Bezirke gegangen wären. Diese waren für die Eingliederungshilfe vorgesehen! Und nachdem beschlossen worden war, die 5 Mrd. € auf einem anderen Wege den Kommunen zukommen zu lassen und diese von der Eingliederungshilfe zu entkoppeln, müssen wir uns eben unseren Anteil daran über die Bezirksumlage holen. Diese 5 Mrd. € muss man fairerweise auch nennen, wenn die Rufe nach dem Konnexitätsprinzip gegenüber dem Bund lauter werden. Allerdings sind diese 5 Mrd. € nie dynamisiert worden und deshalb wäre an dieser Stelle Nachbesserungsbedarf seitens des Bundes dringend angezeigt.

Unser Hebesatzvorschlag wurde auch heuer wieder den Landrätinnen und Landräten sowie zahlreichen Kämmerinnen und Kämmerern Ende September vorgestellt. Diese Gepflogenheit hat sich unter meinem Vorgänger Josef Mederer bestens bewährt und ich werde dies auch fortführen. Und was war das Resultat der Besprechung: Es gab Zuspruch für unseren Kurs. Und genau deshalb ist dieser Austausch so wichtig: wir müssen weiterhin intensiv für Transparenz sorgen. Wir haben unsere Aufgaben zu erfüllen und hierfür sind finanzielle Mittel notwendig, die

wir von den Umlagezahlern in größtmöglichem Konsens einziehen. Und diesen Konsens müssen wir zu erhalten versuchen, auch wenn die Rahmenbedingungen noch schwieriger werden. Und dass es dazu kommen wird, wissen wir: die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind seit dem russischen Überfall in der Ukraine nicht besser geworden; hohe Inflation, steigende Tarifabschlüsse, Arbeitskräftemangel treiben uns alle um. Maßnahmen für den Umwelt- und Klimaschutz sind angesichts des Klimawandels notwendig, aber oft teuer. Viele Landkreise kämpfen mit defizitären Krankenhäusern, die sich auf die Kreisfinanzen niederschlagen. Die Stadt Ingolstadt hat wegen sinkender Gewerbesteuerereinnahmen bereits einen Ausgabenstopp erlassen; der Landkreis Mühldorf kürzt die freiwilligen Leistungen, usw.

Freuen wir uns also zunächst an der Stabilität des Hebesatzes im kommenden Haushaltsjahr, den wir im guten Einvernehmen mit den Umlagezahlern bei 22 Prozentpunkten belassen wollen.

Zum Glück haben wir alle gemeinsam seit 2011 sehr entschieden unsere Schuldenlast getilgt. Wir kommen von einem Höchststand von 135 Mio. €; Ende 2011 waren es noch 90 Mio. € Schulden. Zum Jahresende werden es gerade noch 100 000 Euro sein. Damit haben wir in guten Zeiten Vorsorge getroffen! 2023 werden wir unsere Kreditemächtigung nicht ausschöpfen müssen, so dass wir weiterhin auf einem sehr niedrigen Schuldenniveau aufsetzen können.

Die Verschuldung von heute ist die Umlage von morgen, so dass wir zunächst unsere Rücklage einsetzen, um den Hebesatz zu stützen.

Wir legen einen durchdachten und ausgewogenen Haushaltsplanentwurf, der die Zustimmung der Umlagezahler findet.

Allerdings gibt es eine Position im Haushalt, die nicht ausgewogen erscheint. Der FAG 15 Topf des Freistaates für die Bezirke wird vermutlich unverändert belassen. Hieraus erwartet der Bezirk Oberbayern ca. 36,7 Mio. €.

Angesichts der weiter steigenden Ausgaben im Einzelplan 4 verringert sich der Anteil des Freistaates an den Kosten dadurch in hohem Maße erneut.

Und die Ausgabensteigerungen, die wir auch dieses Jahr im Bereich des Einzelplan 4 wieder haben, sind beachtlich. Wir rechnen im Jahr 2024 damit, dass der Zuschussbedarf im Einzelplan 4 im kommenden Jahr ohne die FAG 15 Mittel gegenüber dem erwarteten Rechnungsergebnis 2023 um 170 Mio. € steigen wird. Wir alle wissen, dass die Inflation, die allgemeinen Preissteigerungen und die Tarifabschlüsse den Haushalt enorm belasten. Niemand mag derzeit prophezeien, wie das Jahr 2024 konkret laufen wird. Aber allein durch diese absolute Zahl, plus 170 Mio. €, wird deutlich, dass der Bezirk Oberbayern verantwortungsvoll mit den Rahmenbedingungen umgeht.

Die Pflegereform hat uns 2022 entlastet. Nun wird, wie letztes Jahr bereits prognostiziert, die Steigerung der Kosten wieder bei uns zu Buche schlagen. Wir erwarten gegenüber dem prognostizierten Rechnungsergebnis für die Hilfe zur Pflege ein Plus von über 35 Mio. €. Aber dennoch, wir unterstützen diese Reform, deren zentraler Inhalt es ist, dass Pflegekräfte nach Tarif bezahlt werden. Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu einer faireren Bezahlung der Pflegekräfte. Wir alle wissen, welche große Herausforderung auf uns als Gesellschaft zukommt bzw. schon da ist, wenn wir an den Personalnotstand im Bereich der Pflege denken. Die Kehrseite der Medaille ist, dass im Verbund mit der allgemeinen Teuerung bei Energie und Lebensmitteln die Heimkosten allenthalben dramatisch steigen und damit logischerweise auch die Anzahl der Menschen zunimmt, die die Heimkosten nicht mehr aus der eigenen Tasche zahlen können.

Auch die ambulante Hilfe zur Pflege, die ja nicht Teil der Pflegereform ist, steigt Jahr für Jahr. Im kommenden Jahr haben wir Ausgaben von 168,5 Mio. € hinterlegt, Tendenz steigend. Diese Ausgaben bei uns entlasten unmittelbar die Umlagezahler, da wir von diesen die Aufgabe im Jahr 2018 übernommen haben.

Die Eingliederungshilfe steigt im kommenden Jahr vom Zuschussbedarf wieder stark an. Unterm Strich erwarten wir ein Plus von 108,8 Mio. €.

Wenn man sich den Haushaltsplanentwurf in Ruhe anschaut, sieht man, dass die meisten Bereiche in der Eingliederungshilfe ansteigen. Oftmals erhöhen sich die Fallzahlen, die Entgelte erhöhen sich aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen und der zu erwartenden höheren Tarifabschlüsse auch und bei dem Ausgabenvolumen, hat man die 108,8 Mio. € Erhöhung des Zuschussbedarfes gegenüber dem Vorjahr recht schnell zusammen.

Das sind Mittel, die erwirtschaftet werden müssen. Das sind Aufgaben, die erfüllt werden müssen. Trotzdem darf es nicht dazu kommen, dass reflexartig der Ruf laut wird, die Standards nach unten zu schrauben. Wir haben eine Verantwortung und wir müssen die bestehenden Strukturen der Eingliederungshilfe erhalten.

Aber auch die Bildung und die Kultur, die weiteren Säulen der Bezirksaufgaben, darf man nicht vergessen. Angesichts der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig diese beiden sensiblen Bereiche sind. Und deshalb werden wir auch gerade hier keine Kürzungen vornehmen. Die Kulturschaffenden sind mit am stärksten von der Corona-Pandemie getroffen worden und deshalb ist es unsere Aufgabe, Ihnen eine Perspektive zu geben.

Auch hier werden die allgemeinen Preissteigerungen und damit verbundenen Einschnitte bei vielen Menschen ankommen. Und wir haben die Aufgabe, auch weiterhin ein kulturelles Angebot für alle anzubieten und deshalb werden wir höhere Kosten, die wir durch die Inflation haben werden, nicht eins zu eins auf Eintrittsgelder umlegen.

Kultur ist ein hohes Gut und muss bezahlbar für alle bleiben.

Aber neben dem laufenden Geschäft heißt es, in die Zukunft zu investieren.

Wir treiben die Planungen zum Neubau der Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt weiter voran. Wir entwickeln unsere Freilichtmuseen weiter und wir setzen die baulichen Beschlüsse im Kloster Seeon weiter um. Daneben haben wir auch wieder Mittel für den Umbau und die inhaltliche Weiterentwicklung des Zentrums für Musik, Literatur und Populärmusik eingestellt. Ebenso entwickeln wir die Schulstandorte der Carl-August-Heckscher Schule weiter. Man sieht, der Bezirk Oberbayern bleibt nicht stehen, sondern entwickelt sich weiter.

Dass müssen wir auch hinsichtlich unserer EDV-Ausstattung machen. Wir investieren sowohl heuer als auch in den kommenden 2 Jahren ungemeine Mittel in den Ausbau, Austausch, Weiterentwicklung und die Sicherheit unserer Hard- und Software. Aber ich denke, jedem ist klar, dass wir hier schlichtweg keine Alternative haben. Wir müssen mit der Zeit gehen, wir müssen diese Investitionen tätigen, haben aber politisch auch eine Erwartungshaltung, was deren Umsetzung betrifft.

Aber nicht nur die Ausgaben, sondern auch die Aufgaben steigen an. Wir benötigen dringend Personal, das diese Aufgaben auch bewältigen kann. Insgesamt tun wir uns wie alle anderen Arbeitgeber schwer, geeignetes Personal zu finden. Wir haben jedoch gute Argumente, die für uns als attraktiven Arbeitgeber sprechen. Vor allem können wir, neben schönen, gut angebundenen Büroräumen auch mit bezahlbarem Wohnraum werben, den wir zur Verfügung stellen können. Das Gesamtpaket für den Bezirk Oberbayern als Arbeitgeber muss stimmen, eine attraktive Tätigkeit, moderne Arbeitsmittel gepaart mit bezahlbarem Wohnraum in einer angenehmen kollegialen Atmosphäre sind wichtige Bausteine, um uns auf dem Arbeitsmarkt deutlich zu positionieren.

Umso wichtiger ist folglich auch der Blick, was können wir mit den vorhandenen personellen Ressourcen schaffen, welche Aufgaben sind Kernaufgaben, welche Möglichkeiten haben wir, Bürokratie abzubauen? Es kann nicht sein, dass ständig Aufgaben, Gesetze, Verordnungen hinzukommen. Wir müssen auch den Blick schärfen, von welchen Verwaltungsvorgängen können wir uns vielleicht auch wieder trennen können? Welche Abläufe können wir vereinfachen?

Welche vernünftige, tragbare Risikoabwägung führt zu schnelleren Bescheiden, zu zügigeren Entscheidungen? Und nicht zuletzt: Wie kann uns KI unterstützen?

Ein Vorschlag zum Bürokratieabbau fällt mir auch schon sofort ein: Bis heute ist das Thema Abwicklung der Kosten für die jungen Geflüchteten UMA nicht in unserem, im gesamten kommunalen Sinne gelöst. Wir erledigen als Bezirke die Aufbereitung der Anträge aus den Landkreisen und kreisfreien Städten, geben diese an den Freistaat weiter und dieser übernimmt dann die Kosten für die Minderjährigen. Sollte ein junger Geflüchteter nach der Volljährigkeit in der Jugendhilfe verbleiben, so erhalten die Bezirke lediglich 50 Euro pro Fall pro Tag begrenzt auf 12 Monate an Kostenbeteiligung. Nach 12 Monaten erhalten die Bezirke keinerlei Mittel mehr vom Freistaat und die Kosten bleiben bei den Bezirken und damit in der kommunalen Familie zurück. Dies hat ein Volumen von 40 bis 50 Mio. € pro Jahr, eine gewaltige Summe.

Mit einer Übernahme könnte der Freistaat sowohl seiner Verantwortung gerecht werden, die Bürokratie abzubauen und die kommunale Familie nachhaltig entlasten.

Dass der Haushalt 2024 vor dem Hintergrund von schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen aufzustellen war, ist denke ich jedem klar. Aber wir haben die richtigen Antworten gefunden! Dafür möchte ich der Kämmerei aber auch allen Budgetverantwortlichen herzlich danken.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir den Hebesatz trotz der großen Herausforderungen in diesem Jahr halten können, wir können unsere Aufgaben erfüllen. Ich meine, am Ende des Tags, am Ende des Jahres, am Ende der Amtszeit muss der Bezirk Oberbayern immer wieder ein Stück besser dastehen, was die Aufgabenerfüllung für die Menschen in Oberbayern betrifft.

Nun liegt der Haushaltsplan zur Abstimmung vor uns. Jeder konnte sich ausreichend informieren, die Kämmerei war in allen Fraktionen und hat die wesentlichen Punkte dargelegt. Und es ist ein guter und ausgewogener Rahmen, den wir mit diesem Haushaltsplan setzen.

Ich darf Sie deshalb um Zustimmung zum Haushaltsplan 2024 mit allen Anlagen und einem Hebesatz von 22 Punkten bitten. Herzlichen Dank!

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Hausberger (Fraktion CSU)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Regierungspräsident,
liebes Präsidium,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitarbeitende der Bezirksverwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren,

Vorweg:

Der Umlagesatz bleibt bei 22 Punkten für 2024 stabil!

Die Leistungen für die Menschen in Oberbayern können weiter erbracht werden, trotz mehr Leistungsempfänger und stark gestiegene Kosten. Und:

Wir sind vollumfänglich handlungsfähig!

Zuerst möchte ich mich sehr herzlich bei Herrn Getzlaff und Frau Hirschuber bedanken. Das Zahlenwerk in seiner Breite ist wieder eine große Leistung. Und auch die Darstellung und die Erklärungen in unserer Fraktion waren wieder hervorragend, gerade für unsere neuen Kollegen und Kolleginnen. Herzlichen Dank hierfür.

Und auch hier schon der Dank an die Verwaltung, aber vor allem auch an die politischen Vertreter

in den letzten Jahren, die es durch vorausschauende Politik erreicht haben, dass wir den Schuldenabbau die letzten Jahre so massiv vorangetrieben haben, dass wir von 90 Mio. Schulden 2011 auf jetzt 100.000 Euro Schulden zum Jahresende kommen konnten und hier keine großen Zinsbelastungen mehr haben.

Der Mensch steht für uns als CSU-Fraktion im Mittelpunkt all unseres Handelns. Dies ist die Grundlage unserer Arbeit im Bezirk Oberbayern. Wir müssen als Bezirk ein verlässlicher Partner für alle Menschen, Einrichtungen und Träger sein, für die wir als Bezirk durch unsere Zuständigkeiten Verantwortung tragen: Für Menschen mit Hilfebedarf, für Kulturschaffende, für Personen im Bereich von Brauchtums- und Heimatpflege, für die Mitarbeitenden des Bezirks sowohl in der Verwaltung als auch in unseren Einrichtungen.

Und dieser Haushaltsansatz 2024 ermöglicht uns dies.

Es ist nicht selbstverständlich, dass die Bezirksumlage auf 22 Punkte stabil halten können. Dies ist auch im Sinne der kommunalen Familie ein wichtiges Signal.

Wie jedes Jahr ist es der Einzelplan 4, der hier die massiven Kostensteigerungen beinhaltet. In Oberbayern bedingt durch mehr Fälle und durch höheres Alter unserer oberbayerischen Bewohnerinnen und Bewohner. Aber auch durch Lohnsteigerungen, die hier über die Entgeltverhandlungen miteingerechnet sind.

Mit 2,16 Mrd. Euro ist der Einzelplan 4 eine immense Summe, bei einer zu erwartenden Steigerung von 170,9 Mio. Euro gegenüber 2023. Aber hier haben wir wenig Möglichkeiten, als Bezirk etwas an der Kostensteigerung zu ändern, da wir durch Bundesgesetze und Ausführungsverordnungen des Landes hier verpflichtet sind.

Trotzdem besteht hier Handlungsbedarf. Diese Kosten im Einzelplan 4 übersteigen die finanzielle Kraft der Bezirke und es ist auch nicht zielführend, dass Bund und Land uns hier allein lassen.

Und daher haben wir, initiiert durch unsere oberbayerische CSU-Fraktion letzte Woche in Regensburg, folgende Forderung im Plenum des Bayerischen Bezirkstags eingebracht, die auch mit großer Mehrheit angenommen wurde.

Forderungen an den Freistaat, dass dieser den bayerischen Bezirken die für ihre Aufgaben erforderlichen Mittel dauerhaft zur Verfügung stellt, indem er:

1. die Mittel nach dem Finanzausgleichs-Gesetz (FAG 15) spürbar erhöht.
2. die Aufwände für die jungen erwachsene Flüchtlinge zur Gänze übernimmt.
3. auf den Bund einwirkt, die 2018 im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes eingeführten 5 Mrd. Bundeshilfe auf mindestens 8 Mrd. € zu erhöhen und zu dynamisieren! Die 5 Mrd. waren bei Einführung richtig, denn man hatte sich damals verständigt, dass die Kosten hier gedrittelt werden sollten: 1/3 Bund, 1/3 Land und 1/3 die kommunale Familie. Aber jetzt sind die Kosten hier von 15 Mrd. im Jahr auf 24 Mrd. /Jahr angestiegen, so dass diese Aufteilung hier nicht mehr stimmt und zu Lasten der Kommunen verschoben ist.

Eine weitere Forderung muss hier auch sein, dass der Freistaat sich im Bereich der personellen Ausstattung der Schulen auf den Weg macht. Wir haben seit Jahren steigende Zahlen im Bereich der Schulbegleiter und -begleiterinnen. Hier ist Handeln im Kulturministerium notwendig. Auch hier übernehmen wir größtenteils staatliche Aufgaben, die wir nicht gegenfinanziert bekommen und auch hier müssen wir weiterhin Unterstützung einfordern.

Aber wir haben neben finanziellen Problemen mittlerweile auch große Probleme nicht mehr bloß im Bereich der Fachkräfte, sondern auch einen Arbeitskräftemangel. Dieser hat alle Sparten und Bereiche erreicht, ist aber gerade für die Bereiche, für die wir in den Bezirken im Bereich Heilerziehung, Erziehung und Pflege zuständig sind, von enormer Dimension. Hier müssen wir dringend auch die Chancen der Digitalisierung und KI ergreifen und neue Wege gehen.

Natürlich ist uns klar, dass der Umgang mit Menschen, für die wir Verantwortung

tragen, anders zu sehen ist wie ein Auto am Fließband, aber auch wir dürfen uns hier der Technik nicht verschließen und Themen wie z.B. Robotik in der Pflege nicht verwehren.

Und auch als Bezirk Oberbayern müssen hier dringend unsere IT-Angebote verbessern. Daher bin ich dem Präsidenten sehr dankbar, dass er das als wichtiges Thema definiert hat und es auch zur Chefsache machen will. Es wird auch in Zukunft schwierig sein, Verwaltungsmitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu gewinnen und daher müssen wir – wo es möglich ist- die Digitalisierung im Sinne unserer Antragsteller anpassen und optimieren. Hier müssen wir notfalls auch zusätzliches Geld in die Hand nehmen, um dies möglich schnell zu optimieren.

Wichtig ist uns auch, dass wir hier im Bereich Kultur, Heimat- und Brauchtum weiterhin für alle ein zuverlässiger Partner sind und auch hier die Kulturschaffenden nicht allein lassen, die gerade in den Zeiten von Corona starke Einbußen erleiden mussten. Auch hier haben wir im Einzelplan 3 mit einem Ansatz von 15 Millionen Euro eine Erhöhung von 1,4 Mio. eingerechnet.

Hier sind wir auch froh, dass Frau Dr. Pellengahr die Weiterentwicklung in Bruckmühl eng begleitet und die drei Säulen Volksmusik, Populärmusik und Literatur auf dem Fundament des Archivs vorantreibt.

Im Bereich unserer KBO-Kliniken sind wir erleichtert, dass die Aussetzung der Sanktionen im Bereich, der der PPR-L ausgesetzt wurde.

Die aktuellen Regelungen haben nichts mit der Lebenswirklichkeit zu tun und hätten unsere Kliniken – zu Unrecht – mit hohen Strafzahlungen in Millionenhöhe bedroht.

Die Stabilisierung unseres Hebesatzes von 22 konnten wir nur durch die Entnahme von 84,5 Mio. Euro aus den Rücklagen erreichen.

Die Mindestrücklage von 22 Mio.€ wurde zwar noch nicht erreicht, aber ein zweites Mal können wir dies so nicht machen.

Deshalb benötigen wir, im Sinne unserer Umlagezahler, für den Haushalt 2025 dringend die schon oben angesprochen staatlichen Hilfen.

Denn auch die Landkreise und Gemeinden haben massive finanzielle Probleme- größtenteils natürlich durch die Krankenhaussituation ausgelöst, dazu muss ich Ihnen nichts sagen, so dass auch für sie eine Umlagen-Erhöhung massive zusätzlich Probleme schaffen und den kommunalen Frieden in Frage stellen würde.

Die CSU-Fraktion wird dem Haushaltsansatz zustimmen und wir werden weiterhin die oben angesprochen Forderungen gegen Bund und Freistaat einzufordern, um unsere Leistungsfähigkeit im Sinne der Menschen zu sichern.

Im Namen der CSU-Fraktion und auch persönlich darf ich Ihnen und Euch noch eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für 2024 wünschen.

Verbunden mit der Bitte, dass wir hier auch weiterhin im Sinne der Menschen in Oberbayern gemeinsam um die besten Entscheidungen ringen, uns aber gegenseitig trotzdem mit Respekt behandeln.

Herzlichen Dank! Alles Gute!

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Neubauer (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sozial, vielfältig und ökologisch - keine Frage der Finanzen!? Anrede

In jedem Jahr überlege ich mir, unter welche Überschrift ich die Erwiderung zum Stellenplan und dem Zahlenwerk mit der Satzungsempfehlung stellen soll. In diesem Jahr möchte ich Sie, werte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen und Gruppierungen, Sie alle, werte Anwesende vor Ort und im Livestream, mitnehmen, und Ihnen vor Augen führen, dass es nicht nur möglich sondern auch in finanziell angespannten Zeiten eine Verpflichtung darstellt, die Aufgaben des Bezirks verantwortungsbewusst zu erfüllen. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe, kulturelle Vielfalt und ein zukunftsgerichtetes ökologisches und klimaschonendes Handeln sind unabhängig vom Kassenstand Pfeiler unserer Demokratie, die die Feinde unserer Demokratie, die zurecht vom Verfassungsschutz beobachtet werden, in Frage stellen. Zudem sind all diese Maßnahmen auch unter ökonomischen Aspekten sinnvoll - wir dürfen die Last nicht auf die nächste Generation verlagern; viele Fehlentscheidungen oder aufgeschobene Maßnahmen kämen dann auch zu spät.

Das alles hat uns auch das Bundesverfassungsgericht ins Stammbuch geschrieben. Die vergangenen Jahre haben die Menschen außerordentlich gefordert, psychische Belastungen, Krisen und finanzielle Schief lagen waren die Folgen. Viele Städte und Gemeinde sowie die Landkreise – auch im „reichen“ Oberbayern - sind finanziell stark gefordert. Mit Verzögerung kommen die Folgen von Corona und des Kriegs in der Ukraine sowie die zunehmende Anzahl der Menschen, die vor Krieg und den Folgen des rasch voranschreitenden Klimawandels flüchten, vor Ort an. Überlastete Kommunen, finanzielle Herausforderungen und die Tatsache, dass gleichsam alle vom Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel betroffen sind, lassen uns manchmal den Optimismus verlieren, der so wichtig für den Zusammenhalt ist. Bei allen Herausforderungen sehe ich es als unsere gemeinsame Verpflichtung, den Menschen aufzuzeigen, wie wir gemeinsam und solidarisch auch schwierige Zeiten bewältigen können und wie wir unsere Demokratie stärken. Wir werden das Feld nicht den Demokratiefeinden überlassen und rufen auch die Kolleg*innen auf, sich zu überlegen, mit wem sie zur Gewinnung eines Ausschuss-Sitzes kooperieren.

Wenn wir in den vergangenen Jahren noch von ungewöhnlichen Zeiten gesprochen haben, so müssen wir uns jetzt eingestehen, dass wir uns viel intensiver auf den Umgang mit Krisen einstellen müssen. Ich stelle fest, dass die Verwaltung gerade in den letzten Jahren gezeigt hat, dass sie flexibel handelt und neue Wege beschreitet, dass in vielen Fällen bürokratische Hürden abgebaut wurden und Handlungsspielräume genutzt wurden. Deshalb möchte ich – trotz aller Kritik in einzelnen Bereichen und Fällen – an dieser Stelle den herzlichen Dank an alle Mitarbeitenden in der Verwaltung, den Einrichtungen und unserem Klinikkonzern aussprechen. Wir hoffen, dass dies auch unter der neuen Amtsleitung so fortgesetzt und ausgebaut wird.

Wir stimmen heute auch über einen Stellenplan ab, der die Arbeitslast wieder besser verteilen soll. Uns ist vollkommen klar, dass im Vorfeld harte interne Sparrunden gelaufen sind und uns nur noch das vorgelegt wurde, was intern nicht mehr zu kompensieren war. Von diesen Stellenschaffungen sollen die Bürgerinnen und Bürger, unsere Kooperationspartner genauso wie Sie, werte Mitarbeiter*innen, profitieren. Das kann aber nur gelingen, wenn wir die Fach- und Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt auch finden. Dafür sind vielerlei Anstrengungen und auch neue Ideen erforderlich. Neben attraktiven Arbeitszeitmodellen, einem stetigen Dranbleiben am Thema „Ausbildung“ und einer fairen Bezahlung spielen Wohnraum und Entwicklungsperspektiven sicher eine bedeutende Rolle – gerade in der Metropolregion.

Wir sind davon überzeugt, dass der Haushalt – trotz aller Unwägbarkeiten – auf soliden Füßen steht; auch wenn dieser genehmigungspflichtig sein wird. Dafür an erster Stelle ein herzliches Dankeschön an Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, die uns vorab mit gut gestalteten und verständlichen Unterlagen ausgestattet haben und uns an einem Freitag bis in den Abend hinein das Zahlenwerk der Verwaltung kompetent erläutert haben. In diesem Jahr war das aufgrund der Wahlen und der damit verbunden zeitlichen Restriktionen für die gesamte Verwaltung eine besondere Herausforderung, da noch früher als sonst Zahlen, Daten zur Verfügung gestellt und Einschätzungen abgegeben werden mussten.

Es ist heute in Anbetracht der Vielzahl an Redebeiträgen nicht sinnvoll, alle Themen in der Debatte

anzusprechen. Ein paar Themen sollen daher exemplarisch herausgestellt werden.

Die Ankündigung, das Thema Erinnerungskultur weiter intensiv zu verfolgen und hierin auch einen bildungspolitischen Auftrag zu sehen, der sich in einem Arbeitskreis des Bezirkstags widerspiegeln soll, begrüßen wir außerordentlich. Wir sehr dies erforderlich ist, hatte ich bereits im vergangenen Jahr betont –Judenhass, Menschenfeindlichkeit und Rassismus nehmen leider zu, die Hemmschwelle im Netz aber auch im direkten Kontakt sinken weiter, rechtes Gedankengut und Verschwörungserzählungen zu verbreiten, sowie populistisch zu agieren, nehmen gefährliche Ausmaße an. Umso wichtiger sich gemeinsam auseinanderzusetzen, Konzepte zu erarbeiten und konkrete Angebote zu machen bzw. Projekte zu fördern.

Jugendarbeit

Die Kinder- und Jugendarbeit ist weiterhin von enormer Bedeutung: als Pflichtaufgabe des Bezirkes. Als enorm wichtiger Player in der nonformalen Bildung, insbesondere der politischen Bildung, vor allem aber immer mehr auch in einer wichtigen präventiven Funktion angesichts zunehmender sozialer und psychischer Notlagen bei Kindern und Jugendlichen. Zugleich wird es aber auch in der Jugendarbeit immer schwieriger, Ehrenamtliche zu finden, die mittel- oder längerfristig Verantwortung übernehmen können oder wollen. Zu den allgemein gestiegenen An- und Überforderungen durch rechtliche Auflagen und bürokratische Hemmnisse kommt in der Jugendarbeit hinzu, dass durch Corona ein bis zwei Jahrgänge fehlen, die Jugendarbeit nie wirklich kennengelernt haben. Es war und ist deshalb richtig, dass der Bezirk die Förderung der Jugendarbeit den gestiegenen Kosten angepasst hat und vor allem, dass er ab Sommer 2024 eine Stelle finanziert, die das Fundament der Jugendarbeit in Oberbayern, die vielen Kreis- und Stadtjugendringe, unterstützen wird, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Erfreulich ist auch, dass der Bezirk in Aussicht gestellt hat, sich in die dringend erforderliche Sanierung der Jugendbildungsstätte Königsdorf einzubringen. Das ist 2024 noch nicht haushaltsrelevant, aber bei den mittelfristigen Planungen ist es für die Jugendarbeit in Oberbayern von herausragender Bedeutung, dies im Blick zu behalten.

Einzelplan 4

Ein paar wenige Worte zum Einzelplan 4 – auch wenn er der umfangreichste und personalintensivste ist. Mit dem BTHG und BayTHG wurde eine Reform auf den Weg gebracht; allein bei der Umsetzung hapert es. Es zeichnet sich leider ab, dass es bei den Leistungsberechtigten „Gewinner*innen“ und „Verlierer*innen“ geben wird. Ich appelliere an uns alle, dies aufmerksam zu begleiten und überall dort, wo wir strukturelle Ungerechtigkeiten wahrnehmen, diese nicht einfach hinzunehmen, sondern in den Fachausschüssen auf Bezirks- und Bezirksebene zu thematisieren und an Lösungen zu arbeiten. Die UN-BRK verpflichtet uns alle.

Das Voranschreiten der SGB VIII-Reform - unser neues Kinder- und Jugendstärkungsgesetz - ist eine Chance, der UN-BRK einen Schritt näher zu kommen. Endlich Hilfen aus einer Hand! Keine Exklusion, sondern Inklusion. Ja, dafür bedarf es der Umsteuerung, der Neuausrichtung der Jugendämter, der kooperativen Zusammenarbeit zwischen Bezirken und Jugendämtern und des Abbaus von Personal bei den Bezirken und des Ausbaus und qualifizierten Stellen in den Jugendämtern. Das ist richtig so! Ich weiß, dass viele das nicht sehen wollen und viele Bedenken bestehen. Ein bayerischer Sonderweg ist nicht die Lösung!

In diesem Zusammenhang ist es fast folgerichtig, auch der Forderung nach dem Ausbau des Krisendienstes für die Zielgruppe der unter 18-jährigen mutig anzugehen. Das wird ein dickes Brett – aber wir haben erfahrene Partner, die schon den ersten Part bravourös gemeistert haben.

Der von mir bereits im letzten Jahr eingeforderte Austausch mit der Regierung von Oberbayern, auf sozialplanerischen Grundlagen innovative Wohnformen und den Umbau von Werkstattplätzen für Menschen mit Behinderung anzugehen, hat leider – trotz Zusagen – immer noch nicht stattgefunden. Wir fordern Sie, sehr geehrter Herr Präsident auf, dies nun umzusetzen.

Fast zu guter Letzt:

Wir werden der Haushaltssatzung zustimmen. Wir stimmen dem Haushalt zu, weil er auskömmlich aufgestellt ist und in allen Fachgremien sowie im Bezirksausschuss durchleuchtet und beraten wurde.

Wir erwarten, dass im Bezirkstag weiterhin für eine solide Finanzierung der bayerischen Bezirke gekämpft wird und sind gespannt, was die FAG-Verhandlungen am 21. Dezember bringen werden. Mir schwant, dass der Finanzminister hartleibig sein wird und es höchste Zeit wäre, diese Verhandlungen „platzen“ zu lassen. Die bei der konstituierenden Sitzung des Bezirkstags mehrheitlich verabschiedete Resolution mag ein Mittel sein, hier unserem „Verhandler“, Bezirkstagspräsident Löffler, den Rücken zu stärken.

Wünsche

Ihnen allen frohe Festtage, eine geruhssame Zeit „zwischen den Jahren“. Lassen Sie uns die Menschen, die wegen Krieg und Konflikten, wegen der Folgen der Klimakrise auf der Flucht sind, diejenigen, die auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind, nie aus dem Blick verlieren. Gemeinsam für ein solidarisches Miteinander. Bleiben Sie gesund und lassen Sie uns mit Mut und Zuversicht die Aufgaben gestalten. Für ein vielfältiges, soziales und offenes Bayern!

Haushaltsrede von Herr Bezirksrat Hofer (Fraktion Freie Wähler)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Dr. Schober,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Schwarzenberger,
sehr geehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste, die uns von zuhause an den Bildschirmen verfolgen,

mitten unter Schreckensnachrichten wie Krieg, Umweltkatastrophen, Millionendefiziten von Kommunalen Krankenhäusern, wie immer Chaos beim ÖPNV und MVV, Pisa Studie, Schließungen von Pflegeheimen aus unterschiedlichsten Gründen, steigenden Pflegekosten, Künstlicher Intelligenz. Einer Pleite nach der anderen bei unserer Fußballnationalmannschaft, Abschwung in der Bauindustrie und vieles mehr.

Bei Facebook geht gerade der Spruch um: „Eigentlich wollte ich Tilo Sarazins Buch lesen „Deutschland schafft sich ab“! Braucht's nicht - Ich bin mitten drin!“

Trotzdem ist es Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber wieder gelungen, den Bezirkshaushalt 2024 zu kalkulieren und unserer Freie Wähler Fraktion vorzustellen, wofür ich mich im Namen unserer Fraktion ganz herzlich bedanke!

Soviel ist zu sagen, der Haushalt wurde in unserer Fraktion hinreichend diskutiert, somit können wir nach bestem Gewissen und nach bestem Ermessen dem Haushalt 2024 zustimmen.

Nur einer erneuten Umlagekraftsteigerung in Oberbayern ist es zu verdanken, dass die Bezirksumlage für den Haushalt 2024 gleichbleibt, zumindest prozentual.

In Zahlen ausgedrückt, erhöht sich der Bezirkshaushalt 2024 um weit über 100 Millionen auf ein Rekordvolumen von ca. 2,55 Milliarden!

Landkreise und kreisfreie Städte bleiben eben nur prozentual verschont von einer Erhöhung der Bezirksumlage. Die realen Zahlen sehen anders aus. Die Wirtschaft floriert in Oberbayern.

Noch! Das hat auch das weltgrößte Volksfest in München heuer wieder gezeigt. Von „schlechten Zeiten“ keine Spur. Im Gegenteil! Und das bei diesen Preisen für Getränke und Brotzeit.

Gerade in den Zeiten, wo Landräte und Oberbürgermeister unter den Lasten ihrer Kommunalen Kliniken ächzen, die Defizite ihrer Kliniken in hohe zweistellige Millionenbeträge gehen, Kreisumlagen vielerorts um 2 – 3 – 3 - 5% erhöht werden müssen, was sich wiederum verheerend auf die geschröpften Kommunen und deren originären Aufgaben auswirken wird. Viele sogenannte freiwilligen Leistungen werden erstmal eingefroren!

Wobei ich mich manchmal frage, ob nicht so manche freiwillige Leistung sinnvoller ist als so manch gesetzliche Leistung unseres Staates?

Früher oder später werden sich Land und Bund Gedanken machen müssen, wie unsere Standards überhaupt noch zu finanzieren sind! Sonst rumpelt es irgendwann gewaltig im Gebälk! Bei Pflegeheimen und Krankenhäusern rumpelt es schon!

Viele Zahlen des Haushaltes 2024 hat unser Präsident bereits erläutert, das Zahlenwerk ist schlüssig und wir gehen damit ins kommende Jahr.

Zwei Themen möchte ich ansprechen die uns wichtig sind:

Dem immensen Einsatz von Alt-Bezirkstagspräsident Mederer ist es zu verdanken, dass wir in Oberbayern mittlerweile in fast allen Landkreisen über Pflegestützpunkte verfügen.

Im vergangenen Jahr habe ich in meiner Haushaltsrede unter anderem vom Besuch im Pflegestützpunkt Rosenheim berichtet. Vor kurzem bekam ich auch erste Erfahrungsberichte und Zahlen auf den Tisch, die ich kurz vertragen möchte.

Vorweg: Die Zusammenarbeit mit dem Bezirk ist sehr gut. Das Beratungsangebot vor Ort ist sehr wichtig, sehr zielführend. Der zeitliche Rahmen könnte noch etwas erhöht werden, so die Damen vom Pflegestützpunkt Rosenheim!

Kontakte der Beratung: In ca. 1 ½ Jahren

- Telefonisch 1230
- Persönlich im Pflegestützpunkt 373
- Persönlich in Außenstelle 124
- Schriftlich Brief, Mail, Fax 62
- Hausbesuche 109

Dabei stellte sich heraus, dass die meisten Menschen erstmal „blank“ sind bei Ihren Anrufen! Weil unmittelbar irgendetwas im Umfeld passiert ist, eine Notsituation aufgetreten ist!

Präventive Anrufe gibt es auch, aber nur wenig!

Beratungsinhalte sind:

- Häusliche Pflege
- Verhinderungspflege
- Teilstationäre Pflege
- Kurzzeitpflege
- Vollstationäre Pflege
- Häufig! - Entlastungsbetrag 125 Euro – Warum keine Familienmitglieder???
- Leistungen für Pflegenden Angehörige
- Betreuungsrecht
- Ergänzende Finanzierung – außerhalb Pflegeversicherung
- Psychosoziales Entlastungsgespräch
- Hilfsmittel, Pflegehilfsmittel
- Wohnumfeld verbessernde Maßnahmen
- Pflegebedürftigkeit und Pflegegrad

Zwei Schwerpunkte:

- Entlastungsbetrag 125 Euro. Viele zu Pflegenden brauchen nur ganz wenig Hilfe. Warum macht man das so schwer?

2. Wieder und wieder ist Thema: Eine oberbayernweit vernetzte Pflegeplatzvermittlungsbörse.

Und zum Schluß:

Habt ihr das letzte Bezirksblatt gelesen?

Habt ihr von den „Reichsausschusskindern“ gelesen?

„Reichsausschusskinder“ wurden die Kinder in der damaligen Heil- und Pflegeanstalt Haar- Eglfing abfällig genannt.....und dann ermordet.

337 Kinder, so der aktuelle Stand der Forschung!

Ermordet, weil sie angeblich zu krank seien, weil sie nicht lebenswert seien, weil sie keinen Mehrwert für die „Volksgemeinschaft“ hätten.

Herr Präsident Schwarzenberger, welch Wohltat war es, bei Ihrer Antrittsrede zu hören, dass es Ihnen ein besonderes Anliegen ist, einen Arbeitskreis Erinnerungskultur einzurichten. Uns als Bezirk muss es ein besonderes Anliegen sein, aufzuarbeiten was aufzuarbeiten ist. Aber nicht nur uns als Bezirk, sondern jedem Einzelnen da herinnen muss es wichtig sein.

Wir dürfen nicht vergessen, wir müssen immer wieder erinnern!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bezirks,

ich wünsche euch allen im Namen unserer Fraktion schöne Weihnachten und ein gutes neues Jahr 2024!

Bleibt`s gesund und munter!

Herzlichen Dank für unsere gute Zusammenarbeit!

Haushaltsrede von Herr Bezirksrat Demmel (Fraktion AfD)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,

sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,

sehr geehrtes Präsidium,

sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

sehr geehrte Medienvertreter,

liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Livestream und hier vor Ort,

werte Kolleginnen und Kollegen Bezirksräte,

die Bezirke in Bayern sind mit den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben - und auch freiwilligen Aufgaben betraut.

Im Wesentlichen betrifft das die Bereiche Soziales, Gesundheit, Heimat, Tradition, Kultur, Jugend, Bildung und Umwelt.

Die sozialen Belange sind dabei die Kernaufgabe der Bezirke: für Integration, Inklusion und Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben ist zu sorgen, um selbstständiges und selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen.

Menschen, die sich aus eigener Kraft heraus nicht selbst versorgen können, sei es wegen Krankheit, Alter oder Behinderung, muss eine zivilisierte Gesellschaft ganz klar beistehen.

Um diese Aufgaben bewältigen zu können, braucht es neben den vielen helfenden, professionell oder ehrenamtlich tätigen Menschen Organisationen, Institutionen und staatliche Behörden, die das alles managen. Die Politik setzt dabei die Rahmenbedingungen und achtet darauf, dass alles funktioniert.

Und noch etwas braucht es ganz dringend, und das ist eine **solide finanzielle Ausstattung. Geld.** Ohne Moos – ist nix los, wie der Volksmund schon sagt.

Und das bringt uns jetzt zum **Haushalt** des Bezirks Oberbayern, der für 2024 mit einem Volumen von gut 2,5 Milliarden Euro angesetzt ist.

Gut 94% des Haushalts fließen in soziale Belange. Das zeigt, dass einerseits die Bedarfe steigen – andererseits aber auch allgemeine Kostensteigerungen zubuche schlagen.

Vielen Dank an Frau Hirschhuber und Herrn Getzlaff für die Präsentation der Haushaltszahlen und der Beantwortung unserer vielen Fragen. Das ganze Konstrukt ist hochkomplex und wir sind wirklich sehr dankbar für die ausführlichen Informationen und Aufklärungen von Ihnen. Vielen Dank!

Die Durchsicht der Einzelpläne und der Produktsachkonten hat für uns allerdings noch einige weitere Fragen aufgeworfen, denen wir selbstverständlich nachgehen werden.

Insgesamt ist der Haushalt 2024 mit teilweise recht hohen Kostensteigerungen verbunden, die aufgrund vieler Aspekte auf anderen Ebenen begründet werden müssen.

Inflation, Kriege in der Ukraine und in Israel, aber auch die bundespolitische Misswirtschaft und Politik schlagen heute bei uns durch und machen die Arbeit der Kommunen sicher nicht leichter.

Die Beschlüsse und Anordnungen der Bundesregierung und die der EU tangieren selbstverständlich massiv alle Menschen bis hinein in die kommunale Familie, den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden.

Die Entwicklung wird sich noch als sehr spannend erweisen und bestimmt maßgeblich auch die Leistungsfähigkeit unserer Bezirke. Dabei wird zwar gerne etwas angeordnet, aber vergessen, wer die notwendigen Mittel dafür aufbringen muss.

Wie schon öfter gesagt, wird das Konnexitätsprinzip dauerhaft missachtet. Und die Kommunen müssen es dann irgendwie wieder richten.

Sehr geehrte Damen und Herren,
für uns ist es absolut wichtig zu betonen, dass wir unsere Aufgaben nur dann anständig erfüllen können, solange wir ausreichend finanzielle Mittel dazu haben.

Als Bezirk schöpfen wir unsere „Einnahmen“ insbesondere aus der „Quelle“ der Bezirksumlage, die von den Kreisen und Kreisfreien Städten aufgebracht wird und Zuschüssen aus Land und Bund. Die Kreise holen sich ihr Geld dann über deren Kreisumlage von den Kommunen. Und diese dann letztendlich über Steuern, Gebühren und Bußgelder von den Bürgerinnen und Bürgern, also den Steuerzahlern.

Ja, die sind es, die im Prinzip alles tragen und den Erfolg sicherstellen.

Jede staatliche Förderung ist immer Steuergeld, das vom Steuerzahler erwirtschaftet werden muss, um es dann verteilen zu können. Wir alle müssen daher ganz genau aufpassen, dass diese „Quelle“ nicht überlastet wird und irgendwann versiegt. Denn dann haben wir nur noch Empfänger – und keine Geber mehr und alles bricht in sich zusammen.

Und darum ist es für uns als AfD-Fraktion enorm wichtig, darauf zu achten, dass mit all dem aufgebrachten Geld sehr achtsam umgegangen wird und der allergrößte Teil der Mittel auch wirklich bei den Hilfebedürftigen und deren Helfern ankommt - und so wenig wie möglich an einen aufgeblähten Wasserkopf an Bürokratie und Verwaltung verloren geht. Das wird auch in Zukunft unsere besondere Aufmerksamkeit bekommen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung des Bezirks Oberbayern leistet unter all diesen Umständen gute und solide Arbeit. Und diese Arbeit kostet Geld, Engagement und einen gewissen Grad an Leidenschaftlichkeit.

Als Bezirksräte haben wir die Aufgabe, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, die Verwaltung zu kontrollieren und unsere politischen Ansichten einzubringen. Dabei setzen wir auf gute, kollegiale Zusammenarbeit auf Sachebene mit allen Bezirksräten aller Fraktionen.

Zum Wohle der uns anvertrauten Menschen.

Die AfD-Fraktion wird sich auch in Zukunft konstruktiv – aber auch kritisch einbringen.

Probleme, die wir sehen, werden wir benennen und wenn immer möglich, Lösungsvorschläge und Konzepte vorlegen.

Der Haushalt 2024:

- Stabile Bezirksumlage von 22 v.H.
- Keine Schuldenaufnahme
- Entnahme aus den Rücklagen 84,5 Mio

Mit Blick auf alle Beteiligten, den Hilfebedürftigen, den Helfern, den Organisationen, der Verwaltung und auch dem Steuerzahler und den Herausforderungen und Umständen, stimmen wir dem Haushalt 2024 im vorgelegten Entwurf zu.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einen besonderen Dank an die Damen des Sitzungsdienstes und all den Mitarbeitern der Sozialverwaltung für ihr Engagement richten.

Und auch für die Unterstützung, die wir im Bezirk erfahren haben. Besonders jetzt am Anfang, wo vieles noch Neuland für einige ist.

Meine Damen und Herren,

im Namen der AfD-Fraktion wünsche ich Ihnen ruhige Feiertage, ein gesegnetes Weihnachtsfest, und eine gesunde, glückliche und erfolgreiche Zukunft in Frieden, Freiheit und guter Gesundheit.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Hofmann (Fraktion SPD)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident Schober,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Schwarzenberger,
verehrtes Präsidium,
sehr geehrte Damen und Herren der Bezirksverwaltung und der Kliniken des Bezirks Oberbayern,
liebe Kollegen und Kolleginnen,
sehr geehrte Gäste vor Ort und an den Bildschirmen.

Ein Finanzhaushalt muss einerseits klare gesetzliche Vorgaben erfüllen – das ist das grundsätzliche Minimum, das finanziert werden muss.

Auf der anderen Seite gibt es viel Wünschenswertes, das ebenfalls berücksichtigt werden sollte. Freilich ist das Wünschenswerte generell grenzenlos – und so ist es die Aufgabe der Kämmerei und des Bezirkstages, einen klugen Weg zwischen den beiden Ansprüchen zu finden.

Angemessen scheint mir dafür der richtige Begriff zu sein. Angemessen bedeutet, nicht nur das gesetzliche Minimum umzusetzen, sondern auch teilweise Wünschenswertes. Das Wünschenswerte wiederum muss gut begründet sein und darf den Etat nicht sprengen.

Die SPD-Fraktion sieht die Angemessenheit beim HH-Plan 2024 als gegeben an und stimmt ihm mit allen Anhängen aus Überzeugung zu.

Es ist ein großer Erfolg, dass wir den Hebesatz trotz aller Krisensituationen nicht erhöhen müssen und Herr Getzlaff mit seinem Team wieder einen stabilen Haushalt erarbeitet hat.

Es ist auch ein großer Erfolg, dass die Kliniken des Bezirks Oberbayern unter den Vorsitzenden Herrn Spuckti, Frau Dr. Borrmann-Hassenbach sowie Herrn Podechtl trotz schwieriger Gemengelage nicht in die roten Zahlen geraten sind.

Ihnen allen möchte ich im Namen der SPD-Fraktion sehr herzlich für die konstruktive Arbeit danken. An dieser Stelle auch gute Besserung an die Vorstände von kbo.

Ihnen und uns allen, sehr geehrte Damen und Herren, wünsche ich im Namen der SPD-Fraktion eine friedliche und möglichst auch erholsame Weihnachtszeit und alles Gute für das neue Jahr.

Persönlich wünsche ich mir noch, dass wir alle respektvoll miteinander umgehen.

Vielen Dank.

Haushaltsrede von Herr Bezirksrat Münster (Fraktion FDP)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Präsident, verehrtes
Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

viel Pflicht, ein bisschen mehr Kür, so lässt sich der Haushalt des Bezirks Oberbayern für 2024 aus meiner Sicht zusammenfassen.

Auch ich darf mich zunächst ganz herzlich bei der Finanzverwaltung des Bezirks, insbesondere Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, die uns, der FDP-Fraktion den Haushaltsplan für das Jahr 2024 detailreich vorgestellt haben, bedanken.

Der Verantwortung gegenüber den Menschen, für die der Bezirk zuständig ist, kommt er mit diesem Haushalt aus unserer Sicht in vollem Umfang nach. Bereits meine Vorredner haben deutlich zum Ausdruck gebracht, dass in dem fast 500 Seiten starken Haushaltsplan der Bereich der sozialen Sicherung mit etwa 2,4 Mrd. € und 95 % des Gesamthaushalts auch im kommenden Jahr das Schwergewicht schlechthin darstellt. Gleichzeitig beläuft sich der nicht gedeckte Finanzbedarf des Einzelplans 4 auf 2,1 Mrd. €. Aber Überörtliche Sozialhilfe, insbesondere die Eingliederungshilfe und die Hilfe zur Pflege, liegen uns allen ganz besonders am Herzen und stellen die Basis unserer Arbeit dar.

Wir sind als Fraktion der Finanzverwaltung des Bezirks für die gewohnt detaillierte Planung sehr dankbar, bei der die Bezirksumlage trotz erheblich steigender Personalkosten im Jahr 2024 prozentual unverändert bleiben kann. Aufgrund der um 3,4 % gestiegenen Umlagekraft steigt die Umlage von Landkreisen und kreisfreien Städten trotz gleichbleibender Bezirksumlage dennoch auf fast 2,2 Mrd. € an. Innerhalb der Ausgaben im Einzelplan 4 sind weiterhin steigende zu Fallzahlen bemerkenswert, die zu den Personalkostensteigerungen des Bezirks selbst, aber in ähnlicher Höhe auch bei allen Leistungserbringern, die sich an den TVöD anlehnen, hinzutreten.

Bereits mehrfach erwähnt ist, dass die Mittel des Freistaats nach Art. 15 FAG nicht hinreichen, um den Bezirk über Heilig-Drei-König hinaus zu finanzieren. Auch 2024 besteht unverändert Reformbedarf bei der

Finanzierung der Aufgaben im Bereich der überörtlichen Sozialhilfe, der Bayerische Bezirkstag hat vergangenen Freitag hierzu seinem Präsidium für die Finanzausgleichsverhandlungen in der kommenden Woche einen klaren Auftrag erteilt.

Anders handelt hier der Bezirk Oberbayern selbst. Durch die Rücklagenentnahme in Höhe von 84,5 Mio. € trägt der Bezirk nicht nur zur Deckung des Haushalts, sondern zur Stabilisierung der gesamten kommunalen Familie bei.

Erfreulich ist, dass nach Jahren der Planung im Vermögenshaushalt nun erkennbar wird, dass die Schulbauten vorangetrieben werden, ebenso Maßnahmen in den Freilichtmuseen des Bezirks, als positives Beispiel möchte ich dabei den im Baubefindlichen Bereich Oberbayern-Nord Auf der Glentleiten erwähnen.

Als FDP-Fraktion haben wir uns in gewohnter Weise auch durchaus kritisch mit dem geplanten Personalaufwuchs auseinandergesetzt. In der Sache halten wir insbesondere die pädagogischen Stellenwünsche für erforderlich. Für die kommenden Jahre gilt es aber darauf zu achten, ob nicht die Verwaltung weitere Stellenwünsche durch die Verfahrensautomatisierungen oder den Entfall freiwerdender Stellen kompensieren kann. Denn die Mittel des Bezirks sollen aus unserer Sicht den Menschen zugutekommen, für die der Bezirk da ist, nicht zusätzlichem Personal.

Unser Ziel muss es auch in Zukunft bleiben, mit Augenmaß weiter die Möglichkeiten voranzubringen. In den kommenden Jahren sehen wir auf den Bezirk zusätzliche Herausforderungen zukommen. So hat zwar der Bezirk die Aufgaben der stationären psychiatrischen Versorgung den kbo als Kommunalunternehmen übertragen, doch müssen wir aus unserer Sicht beispielsweise verstärkt darauf achten, in den Bereichen der Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Fläche ausreichende Angebote zu unterbreiten. Denn nach Corona hat der Bezirk große Verantwortung zu tragen. Dies kann aus unserer Sicht auch zu einer Verstärkung des sozialpsychiatrischen Dienstes führen. Nur beispielhaft möchte ich neben vielen anderen anstehenden Themen die der Finanzierungsschwierigkeiten bei Projekten des „Wohnen im Viertel“ über die nachteiligen Auswirkungen des BTHG für Leistungsempfänger bis hin zur zukünftigen Abgrenzung bei der Kinder- und Jugendhilfe anreißen, festzuhalten ist: Auch in dieser Wahlperiode ist viel zu tun, für den Bezirkstag wie den Bezirk insgesamt. Ich freue mich darauf, mit Ihnen Lösungen zu diesen Fragen zu entwickeln.

Wir werden als FDP-Fraktion dem Haushaltsentwurf für 2024 zustimmen, aber wir werden auch zukünftig mit kritischem Blick die Entwicklung begleiten. Denn die mittelfristige Finanzplanung gibt mit Steigerungen zwischen 4 und 5 % pro Jahr durchaus Anlass zur Sorge.

Ich wünsche, dem Präsidium, der Verwaltung und uns allen als gewähltes Gremium des Bezirks für das kommende Haushaltsjahr ein glückliches Händchen und die richtigen Entscheidungen, Ihnen allen ein friedvolles Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2024 und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Herr Bezirksrat Skerlec (Ausschussgemeinschaft Die Linke, Die Partei, Volt, Tierschutzpartei)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Präsident,
nochmals herzliche Gratulation zu ihrer Wahl im Namen unserer Ausschussgemeinschaft,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

für alle die mich nicht kennen, mein Name ist Oliver Skerlec von der sehr guten Partei die PARTEI und wenn ich normalerweise vor so vielen Menschen spreche, dann in meiner Rolle als evangelischer Diakon der bayrischen Landeskirche im Sonntagsgottesdienst in der St. Johanneskirche im schönen München Haidhausen. Gerne jederzeit hierzu herzliche Einladung. In unserem Staat sind Kirche und Politik, zumindest offiziell, strikt getrennt und das ist auch gut und richtig so. So stehe ich heute hier nicht als Geistlicher, sondern als Mitglied unserer vierer Ausschussgemeinschaft aus die PARTEI, Linke, Tierschutzpartei und Volt. Im Christlichen bildet die Formel 3 = 1 eine feste Grundlage, da sollte es im Politischen auch möglich sein, als einer für vier zu sprechen.

Dass es überhaupt soweit gekommen ist, ist wohl einer Entwicklung in meiner Kindheit zu verdanken. Wie heute viele andere auch, habe ich mich als Kind und Jugendlicher über Medien radikalisiert. In meinem tragischen Fall war es eine Schallplatte von Reinhard Mey, die das wunderschöne Opus beinhaltete „Was kann schöner sein auf Erden, als Politiker zu werden?“

Aber ab wann ist man denn Politiker? Mit Ausnahme des Herrn Präsidenten sind wir hier ja alle ehrenamtlich. Jedoch, Politiker ist man wohl dann, wenn man damit beginnt, mit besonders schlauem Dahereden Geld zu verdienen. Bei Reinhard Mey heißt es weiterhin „Vom Überschuss der Diäten, platzen Dir die Taschen aus den Nähten“ – ganz so mag es vielleicht, zumindest für das Gros der hier Anwesenden, nicht sein. In Bezug auf den Haushalt unseres Bezirkstags jedoch, der ja vor allem und vorrangig für Menschen eingesetzt werden soll, die in unserer Gesellschaft, unter anderem durch schlechte Politik, benachteiligt sind, kam ich doch immer wieder ins Staunen. 785,80 € Grundbezug plus 50,00 € Digitalisierungspauschale (im Jahr 2023!), darüber wären manche Bürgergeldempfänger sicher froh. Und das ist ja erst der Anfang. Vor einigen Wochen durfte ich hier einer Infoveranstaltung beiwohnen, in der 90 Minuten lang im Endeffekt sehr freundlich erklärt wurde, dass es zukünftig noch mehr Geld gibt. Und für diese Veranstaltung gab es ebenfalls pauschal 100 €, was ungefähr dem 5-fachen aktuellen Mindestlohn entspricht. Allein fürs Dasitzen und Zuhören. Vielen Dank an dieser Stelle! Rechnet man dann noch die nirgendwo nachzuweisende „Geschäftspauschale“ von zukünftig 500 € sowie die Pauschale für Öffentlichkeitsarbeit von 400 € jährlich hinzu, sowie die Fahrtkostenerstattung und weitere Sitzungsgelder, kommt dann doch ein recht stattliches Sümmchen zusammen. Vielleicht ja alles noch irgendwo begründbar, aber kuriose Züge nimmt es an, wenn man die Tatsache in Betracht zieht, dass ich mich tatsächlich ab dem jetzigen Zeitpunkt hier aus dieser schönen Runde verabschieden könnte und das Geld würde einfach pauschal weiterlaufen. Tatsächlich besteht die Möglichkeit, so wurde es mir erklärt, für die nächsten 5 Jahre durchgängig daheim zu bleiben. Für die Plenumssitzungen kann ich mich bequem per Mail entschuldigen. Dann also mal Sayonara Tante Klara!

Mir ist bewusst, das wäre jetzt überspitzt, aber vielleicht sollte diese generelle Regelung mal überdacht werden und in der Realität ankommen, getreu dem Motto: „Wer nicht kommt, bekommt auch nichts!“ In Bezug auf den Haushalt gäbe es dadurch dann vielleicht den ein oder anderen Euro mehr für Menschen, die es tatsächlich nötig haben. Wenn es hier in dieser Runde Menschen gibt, die ähnlich denken und sich eine Veränderung wünschen, können sie gerne auf mich zukommen. Gleiches gilt für einen Entschluss unserer Ausschussgemeinschaft, die jeweils 400 € für Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam in ein Event für Menschen mit Behinderung zu investieren. Wer sich hier anschließen möchte, ebenfalls herzliche Einladung!

Nun zu unseren weiteren Anliegen:

Die Aufgabe eines Haushaltes ist nicht nur, das Geld auszugeben und diese Ausgaben zu planen, sondern auch die Einnahmen zu planen und anzufordern.

Es sind 5,4 Mio € im Haushalt 2024 für Solaranlagen geplant. Wir würden uns wünschen, dieses Geld so schnell wie möglich zu investieren, denn jede kw/h die wir produzieren und selbst verbrauchen müssen wir nicht einkaufen. Unternehmerisch gerechnet könnten damit mindestens 400.000 € „erlöst“ bzw gespart werden.

In diesem Punkt ist jeder Tag wertvoll.

I *Demokratie: hoffentlich kein „Weiter so“!*

Um es vorwegzusagen: Wir hatten uns gemeinsam entschieden, dem Haushalt für das Jahr 2024 zuzustimmen. Das liegt nicht nur an der einzigartigen Form, wie uns Herr Getzlaff und Frau Hirschhuber auch schwierigste Nachfragen auf verständliche Art und Weise erklären konnten, Das lag daran, dass wir dem neuen Präsidenten einen Vertrauensvorschuss geben wollten. Wir hofften, dass er in den Bereichen, die uns wichtig sind, die Politik seines Amtsvorgängers nicht fortsetzt: Die Anträge unseres Kollegen Weber, die sachkundig waren und immer auf nachvollziehbaren Argumenten beruhten, hat Josef Mederer, der Altbezirkstagspräsident, zu einem Drittel erst gar nicht in den demokratisch gewählten Gremien diskutieren lassen. Über 20 Anträge zur Eingliederungshilfe und zur PKW-Hilfe bei Menschen mit Behinderung, zum Assistenzlohn, zur Frage der bezirklichen Genehmigung von Alterspflegeheimen und vieles mehr wurde mit dem Vermerk „Der Antrag ist durch mein Schreiben erledigt“ in den Ausschüssen des Bezirks erst gar nicht debattiert. Wir hofften, dass Herr Schwarzenberger die in seiner Antrittsrede versprochene „engagierte De-

batte“ zulassen wird und wir inhaltlich und mit guten Argumenten zum demokratischen Streit – der unbedingt zur Demokratie gehört – beitragen können. Nun hat der neue Bezirkstagspräsident in einem Brief mitgeteilt, unserem Antrag auf mehr als 3 Sozialausschuss Sitzungen im Jahr 2024 gar nicht erst zu behandeln. Kollege Klaus Weber wird also folglich den Haushalt ablehnen.

Ansprüche der Menschen mit Behinderung

Unter Josef Mederer ist die Sozialverwaltung des Bezirks zu einer juristischen Bastion ausgebaut worden. Das Justizariat sollte als Ziel haben, den Menschen mit Behinderung ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, indem sie die gesetzlichen Grundlagen **für** die Betroffenen und nicht **gegen** sie auslegt. Was wir jedoch wissen ist, dass sowohl bei der Eingliederungshilfe als auch in vielen anderen Bereichen der Leistungen für Menschen mit Behinderung eher restriktiv denn im Sinne der Betroffenen entschieden wird.

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident: Wenn Sie „Inklusion“ wirklich – im Sinne der Behindertenrechtskonvention – fördern wollen, dann fangen Sie bitte bei der Sozialverwaltung des Bezirks Oberbayern an. Helfen Sie dort die Hürden abzubauen, die Menschen mit Behinderung nehmen müssen, um zu ihrem Recht zu kommen. Tausende von Klagen gegen den Bezirk Oberbayern in den letzten 15 Jahren zeigen deutlich, was hier passiert ist: Statt Inklusion finden Gängelung, Kontrolle und eine Form von Ausgrenzung statt, die nichts mit Inklusion zu tun haben.

Wir werden als *AG LINKE, PARTEI, Tierschutzpartei und Volt* den Haushaltsplan für 2024 in Teilen nicht ablehnen. Die Kämmererei hat ihre Aufgabe gewissenhaft und hervorragend gemacht. Der Präsident und seine Mitarbeiter_innen der Verwaltung, Sie alle haben die Möglichkeit, demokratisches Handeln und soziale Gerechtigkeit wieder in den Mittelpunkt der bezirklichen Aufgaben zu stellen. Wir setzen auf eine sozial gerechte und behindertenunterstützende Verwaltung mit einem neuen Präsidenten, der Demokratie statt Autorität lebt. Wir setzen darauf, dass der Bezirkstag kein Abnickgremium für die knallharte Machtpolitik der Kooperationspartner sein wird (wie wir es bei der Wahl der stellvertretenden Bezirkstagspräsidenten erleben mussten), sondern ein Forum, wo die politisch umstrittenen Sachfragen fair debattiert werden.

Besonders liegt unserer Ausschussgemeinschaft die Erinnerungskultur am Herzen.

Mit Projekten wie der Buchveröffentlichung "Verdrängt. Die Erinnerung an die nationalsozialistischen ‚Euthanasie‘-Morde" wird das Thema auch in die Öffentlichkeit getragen, eine wichtige Aufgabe des Bezirks!

Der Politische Beirat zum Arbeitskreis Erinnerungskultur befasst sich mit der Geschichte der psychiatrischen Kliniken des Bezirks und deren Anteil an den Patientenmorden zwischen 1933 und 1945. Das sind wir den Opfern schuldig.

Erinnerungskultur leistet aber auch einen Beitrag für die Zukunft: Nur so können wir verhindern, dass sich die Geschichte wiederholt.

Ein bewegender Moment im Sommer 2023 war die Einweihung des Gerhard-Schmidt-Platzes auf dem Gelände der psychiatrischen Klinik in Haar. Die Einweihung erfolgte im Beisein der aus Hamburg angereisten Familie von Gerhard Schmidt.

Prof. Dr. Gerhard Schmidt, der Direktor der psychiatrischen Anstalt in Haar im Zeitraum von 27. Juni 1945 bis zum 31. Juli 1946, hatte Informationen über die Patientenmorde gesammelt. Schon früh informierte er die Öffentlichkeit. Er erfuhr daraufhin viel Widerstand und verlor nach nur einem Jahr seine Arbeitsstelle.

Der Gerhard-Schmidt-Platz ist die längst fällige Anerkennung für einen Psychiater, der gegen so viel Widerstand Aufklärungsarbeit geleistet hat.

Dieser Platz muss gleichzeitig auch ein Mahnmal sein! Nie wieder ist jetzt.

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend erwähnen, dass ich der Meinung bin, dass die AFD ein durchweg extremistischer Haufen ist, der zu Recht durch den Verfassungsschutz beo-

bachtet wird und eine Gefahr für unsere Gesellschaft darstellt. Mit solchen Menschen sollte man weder reden, noch ihnen zuhören.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

Haushaltsrede von Herr Bezirksrat Andreas Huber (Partei ÖDP)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses,
insbesondere Frau Hirschuber und Herr Getzlaf, vielen Dank für dieses umfangreiche Werk und die Erläuterungen im Vorfeld.

Der Haushaltsplan für 2024 ist, wie schon meine Vorredner ausgeführt haben, auf den ersten Blick ausgeglichen und solide geplant. Dennoch ist für mich die Fragestellung, ob er dem Parteiprogramm der ÖDP konform gestaltet wurde, denn das ist letztendlich die Forderung, die an mich durch die Wählerinnen und Wähler gestellt wird, welchen ich meine Stimmen verdanke.

Lege ich das Programm der Bayerischen ÖDP zugrunde, dann wären jetzt 146 Punkte auf Konformität zu überprüfen, was ich aber diesem Plenum ersparen möchte. Also greife ich auf eine Kurzversion des Programms der Oberbayerischen ÖDP zurück.

Erstens: die ÖDP fordert eine ehrliche Demokratie. Hier verwundert mich zunächst, dieser mysteriöse Kooperationsvertrag zwischen CSU, FW und SPD, welcher weder in der Geschäftsordnung noch in der Bezirksordnung verankert ist. Soll dies ein Misstrauensvotum gegen die Bezirksrätinnen und Bezirksräte der anderen Parteien sein, oder was sonst? Vor uns braucht niemand Angst zu haben. Bei den Aufgabenstellungen des Bezirkes finden gute Lösungen auch gute Mehrheiten, da braucht es keine Vorabsprachen.

Als nächstes stellt sich mir die Frage, führt dieser Haushalt zu einer Verbesserung der sozialen Verhältnisse bzw. der Verringerung der Fallzahlen im Bereich der Psychiatrie und der Menschen mit Behinderung?

Nun ja, die sozialen Verhältnisse werden gestärkt, aber die Fallzahlen gehen weiter nach oben. Hier helfen keine Forderungen nach mehr Geld zur Finanzierung, sondern der Bezirk wird sich noch mehr als bisher um Prävention kümmern müssen, auch wenn dies vom Gesetzgeber so nicht gefordert wird.

Wie schaut es nun mit dem Gemeinwohl aus? Also so etwas wie der Krisendienst Psychiatrie oder die Pflegestützpunkte waren in der Vergangenheit wichtige Schritte nach vorne. Im Stellenplan sind weiterhin viele Ausbildungsplätze und auch Menschen mit Behinderung werden gut integriert, das passt einigermaßen. Weitere große neue Durchbrüche sehe ich aber nicht.

Bei der Nachhaltigkeit, insbesondere dem Einkauf regionaler Lebensmittel, darf man dann schon genauer hinschauen. Dabei hätte der Bezirk mit seinen Bezirksgütern doch einige Möglichkeiten, welche anderen öffentliche Einrichtungen nicht haben. Er könnte den Bedarf an Nahrungsmitteln auch von eigenen Flächen zumindest größtenteils erzeugen und das auch in Bioqualität. Hier sind derzeit nur 33 ha von ca. 230 ha ökologisch bewirtschaftet und das dürfte deutlich mehr werden. Bis Ende der Legislaturperiode müssen es dann 100% sein. Wenn ich die Zinserträge der Bezirksgüter anschau, sollte diese Umstellung auch aus den Rücklagen finanzierbar sein, wobei es wohl auch einer Personalaufstockung bedarf. Im Haushalt 2025 wünsche ich mir hier ein sichtbares Signal für die Zukunft.

Bei den eigenen Bauwerken des Bezirkes sehe ich in Sachen nachhaltiger Baustoffe, vor allem Holz, ebenfalls noch viel Luft nach oben und vor allem der Energiebedarf muss durch interne Maßnahmen besser gedeckt werden, um in Sachen Klimaneutralität und Kostenstabilität Fortschritte zu erreichen.

Chancengleichheit für alle Altersgruppen und auch Menschen mit Behinderung.

Nun ja, eine Chance haben zumindest Anträge der kleineren Parteien, wie wir ja heute noch sehen an dem Antrag von 2018 der FDP. Im Haushalt lässt sich dies ansonsten kaum bemängeln.

Schön wäre es allerdings, wenn die Einrichtungen ihre ausstehenden Gelder schneller überwiesen bekommen und sie nicht Übergebühre in Vorleistung gehen müssen.

Nun zur Sparsamkeit. Der Bezirk gibt im Wesentlichen das Geld für die vom Gesetzgeber geforderten sozialen Aufgaben aus und muss die Preissteigerungen vor allen bei den Löhnen akzeptieren und umsetzen.

Einsparpotenzial sehe ich vor allem bei einem Bürokratieabbau, als praktisches Beispiel hier das völlig überzogene Einlogg-Ritual für uns Bezirksräte in das Ratsinfosystem. So etwas ist nur Zeit- und Energieverschwendung, da die allermeisten Informationen sowieso öffentlich gemacht werden könnten und wir kein Verteidigungsministerium sind. Seien wir doch froh, wenn sich überhaupt jemand dafür interessiert.

Zur angesprochenen KI, da habe ich von Fachleuten gehört, dass sie auch Dummheit lernt. Wir Menschen sind also nicht überflüssig

Immerhin sollen keine neuen Schulden gemacht werden und auch die Bezirksumlage fordert die Kreise nicht mehr als üblich.

Kein Lobbyismus durch Firmenspenden... das hoffe ich natürlich sehr, ohne hinter die Kulissen zu schauen.

Viel andere Themen aus dem Programm der ÖDP betreffen dem Bezirk nur am Rande.

In der Summe bleibt mir also das Gefühl, in Zukunft wird es uns nicht langweilig, da doch noch einiges zu verbessern geht, aber in der Kürze der Zeit, also in den anderthalb Monaten unseres Mandates, lässt sich das nicht so einfach im Haushaltsansatz 2024 erkennen und daher werden wir wohl diesem zustimmen aus Mangel an Beweisen.

Wir haben im Übrigen keine Vorurteile gegen andere Mitglieder des Bezirkstags und werden auch mit allen reden, vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Haushaltsrede von Frau Bezirksrätin Kaiser (Partei dieBasis)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren vom Präsidium und der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Anwesende und Gäste, im Raum und zugeschaltet,

vorab mein Dank an Sie alle für die konstruktive Zusammenarbeit mit uns als Neuling im Bezirkstag, mit mir in Person und meiner Partei dieBasis, und konkret an Herrn Getzlaff, für sein Engagement, mir und uns die Haushaltslogik auf Bezirksebene und den Haushaltsentwurf für 2024 in der kurzen seit der Wahl zu Verfügung stehenden Zeit nahezu bringen, Transparenz zu schaffen und eine Diskussion und Evaluation zu ermöglichen.

Dem Haushaltsentwurf für das kommende Jahr auf dieser Basis zuzustimmen fällt mir nicht schwer. Ich sehe aber angesichts der heute von vielen Seiten geschilderten anstehenden Herausforderungen die dringende Notwendigkeit, vorauszudenken.

Vieles wurde heute schon mehrfach kommentiert. Die wichtigsten Punkte sind aus meiner Sicht

1. Keine Erhöhung der Bezirksumlage – das wäre ein ganz falsches Signal in der jetzigen Zeit

2. Notwendige Investitionsvorhaben werden ermöglicht – ich muss auf Basis meines bisherigen Kenntnisstandes darauf vertrauen, dass es die „richtigen“ sind.
3. Es gibt keine Altlasten in Form von nennenswerten Schulden – wirtschaftlich gute Zeiten wurden genutzt, um diese abzutragen. Da diese „guten Zeiten“ aktuell noch nachwirken, werden auch in diesem Jahr keine Kredite aufgenommen – das halte ich für richtig und es wäre ein Traum, wenn solch eine Konstellation auf Bundesebene gegeben wäre.

Ich bin überrascht, dass die CSU-Fraktion hier im Bezirkstag den Schlüssel zur Lösung der finanziellen Herausforderungen primär in Forderungen gegenüber der Landesebene – dem Freistaat – sehen. Ich dachte, die CSU sei da auch in einer federführenden Rolle.

Ich freue mich, dass Frau Neubauer und ihre Fraktion „konkrete sinnvolle Projekte fördern“ wollen und das Stichwort „Ehrenamt“ gefallen ist – vielleicht können wir darüber ins Gespräch kommen.

Aber lassen Sie mich auf das derzeit allgegenwärtige Thema „Schulden“ zurückkommen. Kredite – Schulden – sind nicht per se schlecht und haben situationsspezifisch sowohl betriebswirtschaftlich als auch volkswirtschaftlich ihre Berechtigung. Leider wirken sie oft als Droge, insbesondere in staatlicher Hand, aber das soll hier nicht das Thema sein.

Gegeben die aktuelle Haushaltslage und die erwartbare negative wirtschaftliche Entwicklung – leider aktuell in Deutschland vielleicht noch nicht im „freien Fall“ aber definitiv im beschleunigten Niedergang, und dazu hat die Ampel- und GroKo-Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte maßgeblich beigetragen – gegeben also die Zukunftserwartungen werden wir an dieser Stelle im nächsten Jahr vermutlich über neue Schulden auf Bezirksebene reden.

Vielleicht ist das dann sogar sinnvoll – denn die Forderungen nach oben (Bund/Land) oder nach unten (Kommunen) zum Stopfen der unausweichlichen Löcher im Bezirkshaushalt, werden vermutlich unerhört verhallen.

Die Frage wird sein, wofür. Meines Erachtens kann es dann nur darum gehen, mit solchen Mitteln innovative Ansätze als Pilotvorhaben des Bezirks zu unterstützen, die dauerhaft zur Problemlösung beitragen.

Es muss darum gehen, zusätzliche helfende Hände und bürgerliches Engagement zum Einsatz zu bringen, um die überlasteten bisherigen sozialen Strukturen und Institutionen zu ergänzen und den wachsenden Bedarf zu stillen.

Unterstützung sollte finanziell und inhaltlich erfolgen, durch Nutzen der in den sozialen Einrichtungen des Bezirks vorhandenen Kompetenzen und seiner Kontakte zu anderen sozialen Akteuren, sowie möglicherweise Anbindung an bestehende Strukturen. Dabei muss es darum gehen, bürgerschaftliches ehrenamtliches Engagement zu initiieren, zu stärken und durch eine gewisse Professionalisierung zu gesellschaftlich relevanter Wirkung zu verhelfen.

Bereits im Kleinen validierte, erfolgsversprechende Ansätze gibt es hier in Oberbayern. Ich kenne ein prämiertes Beispiel aus München, das jetzt außerhalb unseres Bundeslandes weiterentwickelt wird, da es hier bisher an Unterstützung mangelt.

Und ich bin überzeugt, dass wir noch weitere gute Lösungswege werden entwickeln können – unter Nutzung der sogenannten „Schwarmintelligenz“, also des Ideenreichtums der engagierten Vielen, die für meine Partei „dieBasis“ als eine von vier „Säulen“ einen zentra-

len Bestandteil unseres Politikverständnisses darstellt.

Mehr als 80% der Bürger wären bereit, sich auf ehrenamtlicher Basis für andere regelmäßig zu engagieren – wenn sie nur wüssten, wann und wo, und die Rahmenbedingungen stimmten. Ohne dass dieses Potential gehoben wird, werden wir als Gesellschaft die großen Herausforderungen für unsere Sozialsysteme nicht bewältigen. Die Politik allein kann es sicher nicht. Die KI auch nicht.

Mit dem GSV-Gremium steht ein geeigneter Rahmen zu Verfügung, um innovative Ideen aufzugreifen und zu begleiten. Wenn Haushaltsmittel in diesem Kontext „katalytisch“ zum Einsatz kommen, wird sich dies mittelfristig auch „finanziell“ aber vor allem gesellschaftlich rechnen.

Mein Plädoyer ist, in 2024 einen Fokus nicht nur auf die Kontrolle der Ausgabenseite, sondern auch auf solche innovativen Ansätze zu legen, und spätestens im nächsten Haushalt die entsprechenden Mittel – die wahrscheinlich nicht hoch sein müssen, verglichen mit den bestehenden „zementierten“ Ausgabenerfordernissen wie heute dargestellt – bereitzustellen.

Sollte dazu dann eine moderate Schuldenaufnahme auf Ebene des Bezirks erforderlich werden hielte ich dies für ein sinnvolles Vorgehen. Um Löcher zu stopfen, von denen klar ist, dass sie nur immer größer werden, wäre es das nicht.

Ich freue mich darauf, mich in diesem Sinne hier im nächsten Jahr und in den Folgejahren auf Bezirksebene und in den entsprechenden Ausschüssen und Gremien einzubringen, zusammen mit Ihnen, und gestützt auf die Menschen, die „die Basis“ darstellen, und sich mit ihren eigenen Kompetenzen und ihrem Engagement gesellschaftsgestaltend einbringen wollen und werden.

Ich wünsche uns allen ein friedliches Miteinander und erholsame Tage sowie eine positive Dynamik im neuen Jahr.

Ich danke Ihnen.

Haushaltsrede von Herr Bezirksrat Dorn (Partei Bayernpartei)

-Es gilt das gesprochene Wort-

Hohes Präsidium des Bezirkstags,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

in den letzten Wochen hat der Präsident mehrmals darauf hingewiesen, sich in den Haushaltsreden am Thema zu orientieren und allgemeine politische Aussagen möglichst zu vermeiden - wir seien schließlich ein Kommunalparlament und nicht der Bundestag. Ich komme diesem Anliegen umso lieber nach, als zwischen Bundestag und Bezirkstag ein zweiter wesentlicher Unterschied besteht: Wir haben wenigstens einen Haushalt, über den wir reden können!

Dass wir ihn haben, verdanken wir Herrn Getzlaff, Frau Hirschhuber und deren Mitarbeiterstab, bei denen ich mich für die Vorbereitung, auch für die eingehenden Fraktionsgespräche, sehr herzlich bedanken möchte. Die Bayernpartei wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf, auch trotz gewisser Bedenken hinsichtlich der spürbaren Rücklagenentnahme, zustimmen.

Frau Kollegin Neubauer hat in ihrer Rede das Profil des Bezirks Oberbayern mit "sozial, ökologisch und vielfältig" beschrieben - ich möchte diesen drei Adjektiven noch das Substantiv "Heimat" hinzufügen. Deshalb begrüßen wir auch die eingeleiteten Maßnahmen in Bruckmühl, wo Volksmusik-

pflege, Populärmusik und das Literaturerbe Oberbayerns gerade eine innovative Umstrukturierung erfahren, ebenso den Ausbau des Trachteninformationszentrums in Benediktbeuern und ebenso das neue Preiskonzept "DiaTon", das im Rahmen der Populärmusik gezielt Dialektförderung betont. Außer Frage steht, dass der oberbayerische Kulturpreis mit einer der Visitenkarten des Bezirks darstellt - wir würden uns wünschen, dass hier auch in Zukunft die bayerische Komponente wieder etwas sichtbarer wird.

Wenn ich Ihnen nun abschließend schöne Weihnachten und besinnliche Feiertage wünsche, darf ich auch daran erinnern, dass dieses Weihnachtsfest vielleicht mehr mit unserer Bezirksarbeit zu tun hat, als dies auf den ersten Blick ersichtlich ist - die Weihnachtsgeschichte, auf bayrisch aufbereitet etwa in Ludwig Thomas "Heiliger Nacht", handelt auch von Menschen, die nicht nur auf der Sonnenseite des Lebens stehen, und Themen wie die Herbergssuche erinnern durchaus an die Wohnungsnot heutiger Zeit. Diesen Menschen und dieser Region ist unsere Arbeit auch in Zukunft verpflichtet - für eine lebenswerte, ihrer Wurzeln bewusste und ihrer Zukunft gerechte oberbayerische Heimat!

Im Anschluss an die Haushaltsreden der Fraktionen bedankt sich Bezirksrat Speer im Namen der Landräte beim Bezirk Oberbayern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Beschluss:	1. Für das Haushaltsjahr 2024 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 2.547.440.000 € sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 85.770.000 € zugestimmt. 2. Dem Finanzplan 2023 bis 2027 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt. 3. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2024 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2023 bis 2027 wird zugestimmt. 4. Den Festsetzungen im Wirtschaftsplan 2023/2024 der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit dem Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2023 bis 2027 wird zugestimmt. 5. Dem Stellenplan des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 2024 wird zugestimmt. 6. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2024 auf 22,00 v.H. festgesetzt. 7. Die Haushaltssatzung 2024 wird beschlossen. angenommen
	Ja 77 Nein 1

TOP 4 Beratung und Beschluss über die Entschädigungssatzung

Der Bezirkstag berät über die Entschädigungssatzung vom 14.12.2023 mit den dynamisierten laufenden Entschädigungen, redaktionellen Änderungen und Anpassungen an die Neuregelungen in der Bezirksordnung.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die Entschädigungssatzung vom 14.12.2023 und beauftragt die Verwaltung mit der Bekanntmachung im Oberbayerischen Amtsblatt.
	angenommen Ja 75 Nein 1

TOP 5 Jahresbericht der Inklusionsbeauftragten des Bezirks Oberbayern mit dem Schwerpunkt für die Belange der Menschen mit Behinderungen

Die Inklusionsbeauftragten des Bezirks Oberbayern unterrichten den Bezirkstag über ihre Arbeit im Jahr 2023.

Bezirkstagspräsident Schwarzenberger informiert das Gremium, dass der Bericht der Inklusionsbeauftragten in Zukunft im Sommerplenum vorgestellt wird, da im Sommerplenum mehr Raum zur Vorstellung und Diskussion besteht.

Beschluss:	Der Bezirkstag von Oberbayern nimmt den Jahresbericht der Inklusionsbeauftragten des Bezirks Oberbayern mit dem Schwerpunkt für die Belange der Menschen mit Behinderungen zur Kenntnis.
	zur Kenntnis genommen

TOP 6 Krankenhauszweckverband Ingolstadt, 3. Stellvertretung für den Verbandsvorsitz

Der Bezirkstag berät über den Vorschlag zur Besetzung der 3. Stellvertretung für den Verbandsvorsitz im Krankenhauszweckverband Ingolstadt.

Bezirkstagspräsident Schwarzenberger schlägt Bezirksrat Bayer vor.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, Herrn Bezirksrat Ludwig Bayer als 3. Stellvertretung für den Verbandsvorsitz im Krankenhauszweckverband Ingolstadt vorzuschlagen.
	angenommen Ja 54 Nein 23

TOP 7 Bestellung der Vertreterinnen und Vertreter des Bezirks Oberbayerns in den Gremien musealer Beteiligungen

Beschluss:	abgesetzt
-------------------	------------------

TOP 8 Oberbayerischer Denkmalpreis - Neufassung von Satzung und Richtlinien

Mit Beschluss vom 03.07.2019 hat der Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen beschlossen, dass ein neuer Denkmalpreis des Bezirks Oberbayern eingeführt werden soll. Die dazu notwendige Satzung und die entsprechenden Richtlinien sollen angepasst werden.

Beschluss:	Der Bezirkstag erlässt die Neufassung der Satzung zum Denkmalpreis des Bezirks Oberbayern mit den dazugehörigen Richtlinien.
	angenommen Ja 74 Nein 2

TOP 9 Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon: Überschreitung des geplanten Defizites 2023, Genehmigung von Mehrausgaben

Der Wirtschaftsplan 2023 des Klosters Seeon, Kultur- und Bildungszentrum des Bezirks Oberbayern sieht ein Gesamtdefizit inklusive Abschreibungen von 2.641.800 € und ein operatives Defizit in Höhe von 987.000 € vor. Der operative Verlust wird wie bislang über den Bezirkshaushalt ausgeglichen. Für das Jahr 2023 wird eine Überschreitung der genannten Plandefizite um bis zu 234.000 € erwartet.

Beschluss:	Der Bezirkstag stimmt einer Erhöhung des Gesamtdefizites 2023 und des operativen Defizites 2023 um einen Betrag von 234.000 € zu. Der operative Verlust erhöht sich von 987.000 € auf 1.221.000 €, das Gesamtdefizit erhöht sich von 2.641.800 € auf 2.875.800 €.
	Die auf der Haushaltsstelle 1.87100.71500.999 „Kloster Seeon – Zuschüsse für laufende Zwecke“ entstehenden Mehrausgaben in Höhe von 234.000 € werden genehmigt. Die Deckung erfolgt über Mittel der Allgemeinen Deckungsreserve.
	angenommen Ja 77 Nein 0

TOP 10 "DiaTon" - Förderpreis Dialekt und Musik

Im Bezirksausschuss am 28.06.2023 wurde das Konzept für den Förderpreis Musik und Dialekt einstimmig angenommen. Auszuarbeiten war ein Titelvorschlag, den der Kulturausschuss am 24.10.2023 beschlossen hat. Der Preis trägt den Namen „DiaTon – Förderpreis Dialekt und Musik“. Die Verwaltung hat dem Kulturausschuss am 24.10.2023 Satzung und Vergaberichtlinie für den neuen Förderpreis zur Vorberatung und Beschlussempfehlung für den Bezirksausschuss am 6.12.2023 vorgelegt. Beides wird nun dem Bezirkstag zur Entscheidung vorgelegt.

Beschluss:	Der Bezirkstag erlässt die Satzung und die entsprechenden Richtlinien für „DiaTon – Förderpreis Dialekt und Musik“.
	angenommen Ja 70 Nein 8

TOP 11 Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen, Geschäftsjahr 2022

Der Bezirksausschuss befasst sich mit dem Bericht über die Klinischen Beteiligungen im Geschäftsjahr 2022.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt den „Beteiligungsbericht Klinische Beteiligungen“ des Geschäftsjahres 2022 zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 12 Antrag der FDP vom 02.11.2018: Livestream

Der Bezirkstag berät über die Erledigung des Antrags der FDP vom 02.11.2018 zum Livestream.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, den Antrag der FDP vom 02.11.2018 für erledigt zu erklären. angenommen Ja 75 Nein 0
-------------------	--

TOP 13 Antrag der Ausschussgemeinschaft ödp/Tierschutzpartei vom 18.06.2023 - Veganes Essen

Der Bezirkstagspräsident trägt den Sachverhalt vor und empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt, den Antrag der Ausschussgemeinschaft ödp / Tierschutzpartei vom 18.06.2023 nicht zuzustimmen. Die Verwaltung wird beauftragt, auch zukünftig darauf zu achten, dass den Mitarbeitenden, den Lernenden und den Gästen der Bezirkseinrichtung ein qualitativ hochwertiges, bezahlbares und gesundes Essen – hauptsächlich aus regionalem und saisonalem Anbau zur Verfügung gestellt wird. Bei Ausschreibungen soll immer ein Alternativangebot im Hinblick auf ein Essen, das aus Lebensmitteln aus biologischem Anbau produziert wird, eingeholt werden. Ein tägliches veganes Essen soll unter Berücksichtigung von Nachfrage durch die Nutzer sowie betriebswirtschaftlichen Aspekten angeboten werden. angenommen Ja 55 Nein 21
-------------------	--

TOP 14 Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirksrat Prof. Dr. Weber fragt nach, wie es sich nach dem Austritt aus der FDP von Bezirksrat Münster und Bezirksrätin Gräfin Baudissin-Schmidt verhält.

Bezirksrat Münster erklärt, dass beide in der FDP-Bezirkstagsfraktion bleiben.

Stv. Bezirkstagspräsident Schneider bedankt sich im Namen des gesamten Gremiums bei Bezirkstagspräsident Schwarzenberger und wünscht ihm und seiner Familie ein friedvolles Weihnachtsfest und stets beste Gesundheit für 2024. Bezirkstagspräsident Schwarzenberger bedankt sich und wünscht allen eine fröhliche Weihnachtszeit.

Beschluss:	kein Beschluss gefasst
-------------------	-------------------------------

Um 12:32 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger die öffentliche Sitzung.

Thomas Schwarzenberger
Bezirkstagspräsident

Angelika Ewerhardy
Protokollführung